
Der Bosnienkrieg – Der Weg in die Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr

Oberstleutnant Dr. Hans-Peter Kriemann, Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Mit der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 war aus der Sicht der Deutschen nicht nur die staatliche Teilung überwunden, sondern auch die Blockkonfrontation des Kalten Krieges. Die Menschen hofften auf eine Friedensdividende und so mancher fragte sich, wozu überhaupt noch Streitkräfte? Unter den Bedingungen des Kalten Krieges und vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte hatte kein über den Einsatz deutscher Streitkräfte jenseits der Landes- und Bündnisverteidigung hinausgehender Konsens bestanden. Wann und wofür sollten deutsche Streitkräfte eingesetzt werden? Es waren vor allem die Kriege und Konflikte des zerfallenden Jugoslawiens und insbesondere der Bosnienkrieg von 1992 bis 1995, die die internationale Gemeinschaft und damit auch Deutschland vor immer neue Herausforderungen bei deren Bewältigung stellten.

Ursachen und Kriegsverlauf

Das ehemalige Jugoslawien, genauer die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ), bestand ursprünglich aus sechs Teilrepubliken und hatte lange Zeit als Vorbild gelungener Integration unterschiedlicher Nationen gegolten. Mit dem Tod des Staatspräsidenten Josip Broz Tito 1980 entfiel ein wichtiges verbindendes Element. Etwa zur selben Zeit rutschte das Land in eine schwere Wirtschaftskrise. In der Folge kam es zu massiven sozialen Spannungen, die vor allem von serbischen und kroatischen Nationalisten gezielt geschürt wurden, bald darauf in Angst und in Feindschaft zwischen den Bevölkerungsgruppen umschlugen und zu einem Zerfall Jugoslawiens führten. Gerade unter den Serben wurde eine Auflösung Jugoslawiens abgelehnt, weil man annahm, dass nach einem Zerfall des Staates bis zu 40 Prozent der serbischen Bevölkerung isoliert von ihrem Kernland, der (Teil-)Republik Serbien, in anderen, nun unabhängigen Staaten als schutzlose und unterdrückte Minderheit leben müssten.



Karte ethnische Zusammensetzung Jugoslawien
Bundeswehr

Am 25. Juni 1991 erklärten sich Slowenien und Kroatien für unabhängig. Bereits nach kurzen Gefechten endeten nach wenigen Tagen die militärischen Auseinandersetzungen um Slowenien. Der Bürgerkrieg brach daraufhin umso heftiger in Kroatien aus. Bei der politischen Bewältigung dieses Konflikts nahm Deutschland eine führende Rolle ein. Vor dem Hintergrund eigener historischer Erfahrungen setzte sich Deutschland für ein Selbstbestimmungsrecht der jugoslawischen Teilrepubliken als unabhängige Staaten ein. Tragischerweise beschleunigte sich nicht nur der jugoslawische Zerfallsprozess, sondern auch die Eskalation der Gewalt. In Kroatien hatten die bewaffneten Auseinandersetzungen mit der staatlichen Anerkennung am 15. Januar 1992 zunächst geendet. Anders verhielt es sich jedoch in Bosnien-Herzegowina. Nach der Unabhängigkeitserklärung und der internationalen Anerkennung am 6. April 1992 begann ein dreieinhalbjähriger Bürgerkrieg.

Dieser Bürgerkrieg sollte etwa 100 000 Opfer aller Bevölkerungsgruppen fordern, von knapp 4 Millionen Einwohnern waren einschließlich der Binnenvertriebenen 2,2 Millionen auf der Flucht. Auch das sollte für Deutschland eine Herausforderung darstellen. Das Ziel aller Kriegsparteien war die Schaffung »ethnisch homogener« Gebiete. Exklaven sollten teilweise mit Landkorridoren an das auf diese Weise geschaffene Gebiet angeschlossen und die Verbindung zum Kernland, etwa Serbien oder Kroatien, hergestellt werden. Binnen weniger Wochen besetzte die Armee der bosnischen Serben

etwa 70 Prozent Bosnien-Herzegowinas. Diese kämpften gegen die bosnischen Streitkräfte. Die dritte größere Kriegspartei war die Armee der Kroaten in Bosnien-Herzegowina. Dazu kämpften noch mindestens 83 paramilitärische Banden auf dem Kriegsschauplatz.

Das kriegerische Vorgehen wurde weltweit unter dem zeitgenössisch entstandenen Euphemismus der »ethnischen Säuberungen« bekannt. Dazu gehörten die gezielte Beschädigung oder Vernichtung von Häusern, Kirchen, Moscheen und anderen Kulturstätten der „unerwünschten“ Bevölkerungsgruppen, um ihnen nach der Vertreibung eine künftige Rückkehr unmöglich zu machen. Andere perfide Methoden waren auch Internierungen und Vergewaltigungen sowie Morde. Besonders traurige Berühmtheit erlangte die UN-Sicherheitszone Srebrenica, wo trotz der Anwesenheit von UN-Blauhelmen serbische Truppen 25 000 bosniakische Frauen, Kinder und Alte deportierten und mehr als 8000 Jungen und Männer systematisch hinrichteten.

Internationale Konfliktbewältigung

Sarajevo, die Hauptstadt Bosnien-Herzegowinas, war bereits im Mai 1992 von bosnischen Serben eingeschlossen worden. Der durch die UN-Sicherheitsratsresolution 743 vom 21. Februar 1992 nach Kapitel VI der UN-Charta mandatierten United Nations Protection Force (UNPROFOR) war es lediglich gelungen, die Öffnung des Flughafens mit den Kriegsparteien auszuhandeln. Damals hatte die kleine, lediglich 16 000 Blauhelme umfassende Truppe nur Beobachteraufgaben. Für die internationale Staatengemeinschaft waren solche Konflikte allerdings Neuland und es begann ein schmerzhafter Lernprozess aus Versuch und Irrtum, wie eine politische und militärische Konfliktbewältigung gelingen konnte.

Seit dem 3. Juli 1992 versorgten militärische Transportflugzeuge aus Frankreich, den USA, Italien, Griechenland, Spanien und Großbritannien die eingeschlossene Bevölkerung Sarajevos mit dem Notwendigsten. Ab dem 4. Juli 1992 beteiligten sich auch die Transall-Flugzeuge der Luftwaffe an der Luftbrücke. Innenpolitisch waren solche rein humanitären unbewaffneten Einsätze in Deutschland unumstritten. Hinsichtlich der Entsendung bewaffneter Streitkräfte außerhalb des Bündnisgebietes sah das jedoch ganz anders aus. Während die regierende CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages einen solchen Einsatz bereits durch das Grundgesetz abgedeckt sah, forderte der Koalitionspartner FDP das Vorliegen eines UN-Mandates als Voraussetzung für eine Zustimmung. Die einzige Möglichkeit sich in diesem Punkt gegen den Koalitionspartner durchzusetzen, sah sie in der Forderung einer parlamentarischen Beteiligung bei Auslandseinsätzen. Während bei der CDU/CSU bündnispolitische Erwägungen im Vordergrund standen, ging es bei der FDP stärker um einen möglichen Sitz

Deutschlands im UN-Sicherheitsrat. Für die oppositionelle SPD-Fraktion kamen zunächst nur friedenserhaltende Einsätze in Frage. Sie brachte daher bereits am 23. Juni 1992 einen entsprechenden Antrag auf Änderung des Grundgesetzes in den Deutschen Bundestag ein, ohne allerdings die dafür notwendige Mehrheit zu erhalten.

In der Zwischenzeit verschlechterte sich die Sicherheitslage in Bosnien-Herzegowina weiter. Die internationale Staatengemeinschaft reagierte darauf, indem neben den Waffen- und Handelsembargos zur See ab Oktober 1992 auch der bosnische Luftraum überwacht wurde. Als Teil der AWACS-Besatzungen war auch Deutschland daran beteiligt. Bald zeigte sich jedoch, dass eine solche Überwachung nur in Verbindung mit der glaubwürdigen Androhung militärischer Gewalt Aussicht auf Erfolg haben würde, da die Kriegsparteien die Flugverbotszone über Bosnien-Herzegowina nicht beachteten. Daher übernahm nun die NATO die Führung einer neuen Luftoperation ab dem 12. April 1993. Da aber im Rahmen von „Deny Flight“ auch die Anwendung von Waffengewalt durch NATO-Kampfflugzeuge vorgesehen war, die wiederum von den AWACS geführt wurden, forderte die SPD, die deutschen Besatzungsmitglieder abzuziehen. Das hätte nicht nur erhebliche Probleme für den Ersatz dieser multinational eingespielten Besatzungen bedeutet, sondern auch deren effektiven Einsatz eingeschränkt. Letztlich hätte die Glaubwürdigkeit der NATO und die Handlungsfähigkeit Deutschlands in Frage gestanden.

Mit dem Urteil des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994, demzufolge sich die Bundesrepublik Deutschland mit ihren Streitkräften im Rahmen kollektiver Sicherheitsbündnisse an internationalen Einsätzen beteiligen kann, wurde schließlich rechtliche Klarheit geschaffen. Damit war der Deutsche Bundestag nun aufgefordert, den damit gesetzten Rahmen über das Wann und Wofür der Entsendung deutscher Streitkräfte auszugestalten. Das Urteil ermöglichte den dauerhaften Verbleib der deutschen Anteile der AWACS-Besatzungen. Auch die in der Adria eingesetzten Schiffe der Deutschen Marine konnten sich nun uneingeschränkt an der Überwachung und der Durchsetzung des durch die UN sanktionierten Embargos beteiligen.

Doch der Krieg spielte sich nun einmal am Boden ab. Dort fehlte es der UNPROFOR auch 1994 unverändert an Blauhelmsoldaten, schweren Waffen und rechtlichen Eingriffsmöglichkeiten. Zwar verfügten sie seit 1993 über das Recht auf Notwehr, doch von den 34 000 von UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali geforderten Blauhelmen, wurden lediglich 7600 entsandt. Dahinter standen Befürchtungen der truppenstellenden Staaten wie Großbritannien und Frankreich vor unabsehbaren innenpolitischen Folgen, sollten ihre Soldaten stärker in den Bürgerkrieg verstrickt werden.



Tornados EG 1
Bundeswehr/Detmar Modes

Als sich die Sicherheitslage auch weiterhin nicht verbesserte, übernahmen die USA, die den Bosnienkrieg zunächst als überwiegend europäische Angelegenheit betrachtet hatte, Ende 1994/Anfang 1995 zunehmend das Heft des Handelns. Bereits im Frühjahr 1994 waren vier bosnisch-serbische Kampffjets nach der Verletzung der Flugverbotszone abgeschossen worden. Damit hatte die NATO zum ersten Mal in ihrer Geschichte tödliche militärische Gewalt eingesetzt. Nun wurde zudem auch vermehrt auf gezielte Luftschläge gegen bosnisch-serbische Kräfte zurückgegriffen. Dadurch eskalierte die Situation am Boden weiter. Blauhelm-Soldaten wurden als Geiseln genommen und damit selbst Teil der Problemlage. Am 3. Juni 1995 beschlossen die Verteidigungsminister aus 13 NATO- und EU-Staaten, zwei je 5000 Soldaten umfassende stark bewaffnete Eingreifbrigaden zum Schutz der Blauhelme zu entsenden – eine britische und eine multinationale. Die Bundesregierung entsprach jedoch dem französischen Wunsch nicht, die schnell verlegbare und an Aufklärungs- und Infanteriekräften starke deutsch-französische Brigade zu entsenden. Stattdessen wurde eine multinationale Brigade aus britischen, französischen und niederländischen Soldaten entsandt.

Deutschland war vom Anbeginn des Bosnienkonflikts einer der wichtigen Akteure bei den internationalen politischen Verhandlungen. Seit der Gründung der Kontaktgruppe von Bosnien-Herzegowina 1994 gehörte es zusammen mit den USA, Großbritannien, Frankreich und Russland dem wohl zentralen Gremium in diesem Prozess an. Wollte die Bundesregierung diese Rolle beibehalten, musste eine dem Beitrag anderer europäischer Partner entsprechende militärische Beteiligung

Deutschlands erfolgen. Mit einem knappen Abstimmungsergebnis entsandte der Deutsche Bundestag Transport- und Sanitätskräfte sowie Personal für das UNPROFOR-Hauptquartier in Zagreb (Kroatien). Außerdem wurden 14 Kampfflugzeuge vom Typ „Tornado“ als Einsatzgeschwader 1 in Norditalien zur Unterstützung von „Deny Flight“ stationiert. Letztere durften allerdings nur jene NATO-Kampfflugzeuge unterstützen, die zum Schutz der Eingreiftruppe eingesetzt wurden.

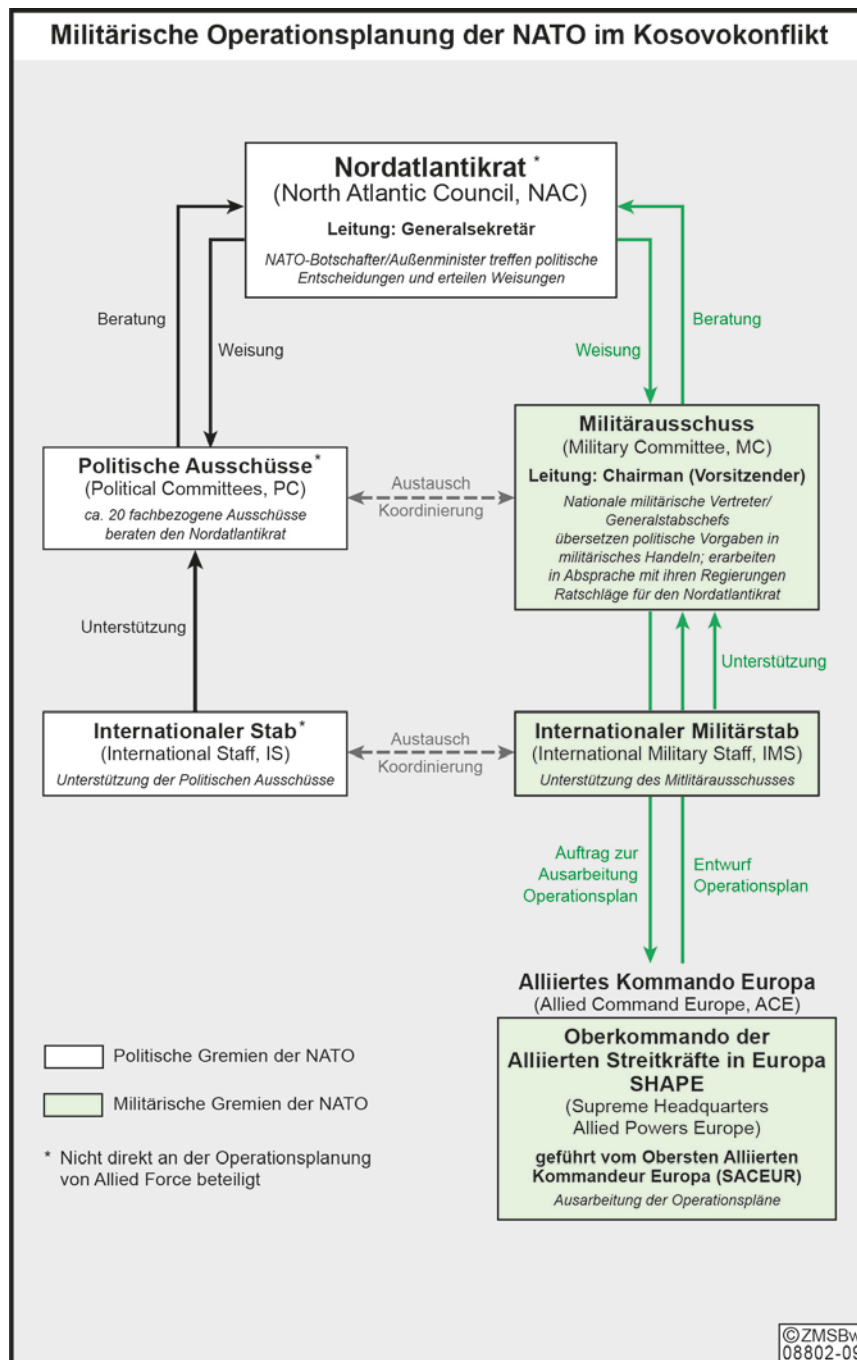
Als Antwort auf den erneuten serbischen Beschuss des Markale-Marktplatzes in Sarajevo begann am 30. August 1995 die groß angelegte NATO-Operation „Deliberate Force“ mit etwa 300 Flugzeugen. Bis zum 14. September 1995 wurden Stellungen der bosnischen Serben systematisch angegriffen. Am 12. Oktober 1995 vereinbarten die bosnischen Kriegsparteien schließlich einen Waffenstillstand. Die internationalen Bemühungen mündeten in ein Friedensabkommen, das in Dayton ausgehandelt und am 14. Dezember 1995 in Paris unterzeichnet wurde. An diesem Mächtekonzept war erstmals auch Deutschland beteiligt.

IFOR-Einsatz der Bundeswehr

Bereits unmittelbar nach Inkrafttreten des Waffenstillstands begannen die militärischen Vorbereitungen für eine UN-mandatierte und NATO-geführte Stabilisierungsmission zur Implementierung eines möglichen Friedensvertrages. Die Bundesregierung sagte am 24. Oktober 1995 ihre Beteiligung mit einem bis zu 4000 Soldaten umfassenden Kontingent zu. Dabei orientierte sie sich weitestgehend an ihren bereits im Rahmen der UNPROFOR im Einsatz befindlichen Kräften. Einige Einheiten wurden zudem verstärkt und das Kontingent wurde ergänzt durch Pionierkräfte, vor allem auch zum Straßenbau, und durch eine verstärkte Aufklärungskompanie. Diese diente ausdrücklich nur dem Schutz der deutschen Kräfte, vor allem des Transportbataillons. Es handelte sich damit um den bisher größten Auslandseinsatz der Bundeswehr.

Auf der Basis der UN-Resolution 1031 vom 15. Dezember 1995 hatte die IFOR die UNPROFOR am 20. Dezember 1995 abgelöst. Das internationale Kontingent mit Soldaten aus bis zu 33 Staaten der Operation „Joint Endeavour“, wie die IFOR-Mission auch hieß, war in drei Sektoren untergliedert, die von Lead-Nations geführt wurden: die US-geführte Multinational Division North, die britisch geführte Multinational Division South-West und die französisch geführte Multinational Division South-East, für deren Versorgung die deutschen Kräfte verantwortlich waren.

Von besonderer Bedeutung für die Umsetzung der zivilen Maßnahmen war der extra dafür geschaffene Hohe Repräsentant für Bosnien-Herzegowina mit seinem „Office of the High Representative“, der dazu



mit Exekutivbefugnissen ausgestattet wurde. Der Hauptauftrag der IFOR war die Sicherstellung eines friedlichen Umfeldes zur Durchsetzung der Beschlüsse von Dayton und die Absicherung der Wahlen im Herbst 1996. Das bedeutete für die nach Kapitel VII der Charta der UN robust mandatierten IFOR-Truppen, vor allem die Einhaltung des Waffenstillstandes zwischen den Konfliktparteien zu überwachen und notfalls auch mit Gewalt durchzusetzen.

Bereits im Herbst 1996 zeichnete sich ab, dass der Stabilisierungsprozess in Bosnien-Herzegowina trotz des Erreichten nicht wie erhofft voranschritt. Von den insgesamt 2,2 Millionen Flüchtlingen waren

lediglich 250 000 in ihre Heimatorte zurückgekehrt; nach wie vor verzeichnete die IFOR Fälle von massiven Menschenrechtsverletzungen wegen ethnischer Zugehörigkeit, die mangelnde Auslieferung von Kriegsverbrechern an den 1993 geschaffenen Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien, eine unzureichende Einhaltung vereinbarter Rüstungskontrollabkommen und eine zu geringe Zahl geräumter Minen. Wie gefährlich dieser Einsatz war, zeigen die insgesamt 61 während des Einsatzes ums Leben gekommenen IFOR-Soldaten.

Am 11. Dezember 1996 billigte der NATO-Rat daraufhin den Operationsplan der IFOR-Folgeoperation „Joint Guard“. Am Tag darauf erteilte die UN-Resolution 1088 der Stabilisation Force (SFOR) ein Mandat für den Zeitraum von 18 Monaten. Die Gesamtstärke der internationalen Truppe wurde auf 32 000 Soldaten reduziert, ihre Aufgaben angepasst. Durch eine robuste Bewaffnung sollte die Präsenz der Truppe abschreckend wirken, sie zur raschen Intervention sowie zur Unterstützung an Brennpunkten befähigen und die Bewegungsfreiheit in Bosnien gewährleisten.

Das 3000 Soldaten umfassende deutsche SFOR-Kontingente setzte sich aus Heeres-, Luftwaffen- und Marinekräften zusammen und lehnte sich an die Vorgängermission an. Der signifikante Unterschied bestand jedoch darin, dass die 2200 Mann starken deutschen Bodentruppen als Teil der von Frankreich geführten Multinational Force South East zum Einsatz kamen und Deutschland damit nach den USA, Frankreich und Großbritannien den viertstärksten Verband stellte. Damit war der Auftrag der Bundeswehr nicht länger auf die Unterstützung der internationalen Mission in Bosnien-Herzegowina beschränkt; künftig mussten auch deutsche Soldaten die Konfliktparteien zur Not mit Waffengewalt in einem instabilen ehemaligen Bürgerkriegsgebiet voneinander trennen. Diese veränderte Aufgabe spiegelte sich in der Zusammensetzung der Truppe wider, deren Aufklärungskräfte verstärkt und durch Infanteriekräfte letztendlich zu einem Kampftruppenverband erweitert wurden. Auf Antrag der Bundesregierung stimmte der Bundestag dem Einsatz mit überwältigender Mehrheit von 499 Ja- gegen 91 Nein-Stimmen bei 21 Enthaltungen zu.

SFOR-Einsatz der Bundeswehr

Für die deutschen Heeressoldaten bedeutete das, auch ihre multinationalen Partner von der eigenen Leistungsbereitschaft und -fähigkeit zu überzeugen. Das deutsche Heereskontingent war im Feldlager Rajlovac etwas nordwestlich der bosnischen Hauptstadt Sarajevo stationiert und gehörte zur französisch geführten Multinational Division South-East. Die deutsch geführte deutsch-französische Brigade Centre bestand aus einem deutschen gepanzerten Einsatzverband, einem französischen



Transportpanzer Fuchs der deutschen SFOR auf Patrouillenfahrt im Raum Kiseljak, 20. Juni 1997
©Bundeswehr/Detmar Modes

Bataillon, einem ukrainischen Bataillon, einem deutsch-französischen Logistikverband mit albanischen Sicherungskräften, Pionieren und Sanitätern.

Auch ein Jahr nach Dayton war die Sicherheitslage noch nicht stabil. Immer wieder kam es zwischen den Bevölkerungsgruppen zu Übergriffen, auch mit tödlichem Ausgang. Der Umgang damit verlangte den Soldaten ein viel größeres Spektrum an Fähigkeiten ab als in symmetrischen Konfliktszenarien. Es galt nun nicht mehr, einen Feind zu besiegen, sondern im Notfall auch massive militärische Gewalt so einzusetzen oder diese wo möglich zu vermeiden, dass das Ziel eines friedlichen Zusammenlebens aller Bevölkerungsgruppen erreicht wurde. Damit waren die Soldaten Vermittler, Polizisten, Kämpfer oder auch Sozialarbeiter gleichermaßen. Somit verlangte der Stabilisierungsauftrag per se auch immer eine Nähe zur Bevölkerung.

Bereits während der IFOR-Mission unterstützten deutsche Soldaten den Aufbau lebenswichtiger Infrastrukturen, wie den Bau von Straßen und Brücken. Die größte Gefahr stellten dabei die vielen Minen dar. Bei der Erfüllung ihres Auftrages wurden Bundeswehrsoldaten unter der Inkaufnahme großer Risiken schwer verletzt oder getötet. Dass die Zahl solcher Vorfälle nicht höher ausfiel, war auch der Professionalität der deutschen Soldaten zu verdanken. Überhaupt zeigte sich, dass sich die Bundeswehrsoldaten rasch auf die für sie ungewohnte Situation einstellten und flexibel auf die vielfältigen Herausforderungen reagierten. Denn neben Sprachbarrieren unterschieden sich die

multinationalen Teilkontingente auch hinsichtlich ihrer militärischen Kultur, Führungsphilosophie oder Vorschriften und Gesetzen. Zu den Aufgaben gehörte auch die Zusammenarbeit mit den für den Wiederaufbau des Landes verantwortlichen zivilen Institutionen. Das erforderte, wie der Einsatz insgesamt, ein hohes Maß an interkultureller Sensibilität. Das Konzept der Inneren Führung und das Führen mit Auftrag boten den Rahmen für die dafür notwendige Flexibilität. Eng damit verknüpft war die intrinsische Motivation der Soldaten. Die humanitäre Hilfe und die Stabilisierung eines europäischen Nachbarstaates wurden in Deutschland von einer breiten Bevölkerungsmehrheit begrüßt. Außerdem wurden gerade für die Soldaten der ersten Kontingente die Erfolge ihres Handelns rasch sichtbar.

Die deutsche militärische Beteiligung an der SFOR-Mission stellte einen ersten Meilenstein eines grundlegenden schrittweisen Wandels des Einsatzes deutscher Streitkräfte dar. Zum ersten Mal beteiligte sich die Bundeswehr auch mit robust bewaffneten Landstreitkräften mit den gleichen Rechten, Pflichten und Lasten wie ihre Bündnispartner an einem internationalen umfassenden Stabilisierungseinsatz außerhalb des Landes- und Bündnisgebietes. Damit näherte sich Deutschland seinen Partnern und seiner Rolle als gleichberechtigter internationaler sicherheitspolitischer Akteur an. Die Rolle als viertgrößter Truppensteller entsprach nun auch seinem bündnispolitischen Gewicht. Damit beschriftete die Bundeswehr einen hinsichtlich seiner Bedeutung kaum zu überschätzenden Weg in multinationale Einsätze, sei es im Rahmen von Stabilisierungseinsätzen oder der Bündnisverteidigung. Mit dem veränderten Auftrag einher ging auch ein Wandel deutscher Streitkräfte auf allen Ebenen hinsichtlich Struktur, Ausrüstung und Ausbildung etwa. Aber auch das Selbstverständnis und das Selbstbewusstsein der Soldaten veränderten sich. Rasch wurden die Professionalität und das Engagement der Bundeswehrsoldaten sowohl von ihren Partnern als auch von der einheimischen Bevölkerung geschätzt.

Am 2. Dezember 2004 endete die NATO-geführte SFOR-Mission endgültig und wurde durch die EU-geführte Sicherheitsoperation EUFOR-Althea abgelöst. Bis dahin war vieles erreicht worden. IFOR und SFOR war es gelungen, die Großgewalt zu beenden und ein sicheres Umfeld als Voraussetzung für den staatlichen Wiederaufbau zu schaffen. Große Teile der zerstörten Infrastruktur waren wiederhergerichtet worden, staatliche Einrichtungen hatten ihre Arbeit wieder aufnehmen können.

Die Personalumfang der EUFOR umfasste mit circa 6500 Soldaten in etwa die Personalstärke des SFOR-Kontingents in dessen Endphase. Mit Blick auf die sich verbessernde Sicherheitslage fanden bis 2004 mehrere Kräfte-reduzierungen und entsprechende Umstrukturierungen statt. Wie bei der SFOR bestand der Auftrag der EUFOR im Wesentlichen in der Schaffung eines zur Implementierung des

Dayton-Abkommens geeigneten Umfelds. Bis September 2010 wurden die Personalstärke der EUFOR auf 1900 und die des deutschen Anteils auf etwa 110 Soldaten reduziert, ein Jahr später lag die Gesamtstärke noch bei 1300 und die des deutschen Kontingents noch bei 15 Soldaten.

Mit dem letztmaligen Niederholen der deutschen Flagge im EUFOR-Hauptquartier Camp Butmir in Sarajevo endete der Einsatz für die Bundeswehr am 27. September 2012. Die komplizierten Strukturen eines föderativen Staats wie Bosnien-Herzegowina hatten sich weiter etabliert. Etwa Mitte der 2000er Jahre waren zudem erste Schritte zur Aufarbeitung der während des Bürgerkriegs begangenen Verbrechen erfolgt. Dennoch blieben die politischen Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen der Bosniaken, Serben und Kroaten virulent. Im Verlauf von 17 Jahren hatte sich die Bundeswehr an ihrem bisher drittlängsten Auslandseinsatz mit 50 633 Soldatinnen und Soldaten beteiligt. 19 von ihnen verloren dabei ihr Leben.

Ausblick

Nach 27 Jahren befindet sich der Hohe Repräsentant für Bosnien-Herzegowina noch immer im Land. Damit bestehen weiter Einschränkungen der bosnischen Souveränität. In den letzten Jahren haben die ethnischen Spannungen im Land erneut zugenommen. Das Gefühl, von Gegnern umgeben zu sein, gewinnt unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen wieder an Boden. Angesichts der latenten Instabilität und vor dem Hintergrund früherer Erfahrungen, wie rasch eine solche Lage eskalieren kann, hat der Deutsche Bundestag am 8. Juli 2022 beschlossen, dass sich Deutschland wieder mit bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten an EUFOR-Althea beteiligt. Zudem hat sich die europäische und transatlantische Sicherheitslage mit der Annexion der Krim durch Russland im März 2014 grundlegend verändert. Das strahlt auch auf Südosteuropa aus; hier geht es auch um die Sicherung der Südflanke der NATO. Mit seiner Beteiligung an dieser Mission möchte Deutschland daher ein wichtiges Zeichen zur Stabilisierung der Region setzen.

Literaturtipps:

Calic, Marie-Janine, Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegowina, erw. Neuausg., Frankfurt a.M. 1996

Konflikte und Konfliktschlichtung in Bosnien-Herzegowina. Im Auftrag des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften hrsg. von Agilolf Keßelring, Potsdam 2014. Online unter: [wegweiser-ergaenzungsheft-bosnien-herzegowina-data.pdf](#) (bundeswehr.de)

Keßelring, Agilolf, Die Bundeswehr auf dem Balkan. Zwischen Krieg und Friedenseinsatz, Göttingen 2022 (= Bundeswehr im Einsatz, 3)

Kriemann, Hans-Peter, Hineingerutscht? Deutschland und der Kosovo-Krieg, Göttingen 2021 (=Bundeswehr im Einsatz, 2)

Sundhaussen, Holm, Der Zerfall Jugoslawiens und dessen Folgen, BPB 2008. Online unter:
<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/31042/der-zerfall-jugoslawiens-und-dessen-folgen/>

41 – ZMSBw Podcast Srebrenica. Online unter: <https://zms.bundeswehr.de/de/zmsbw-podcast-41-sebrenica-audio-5458488>